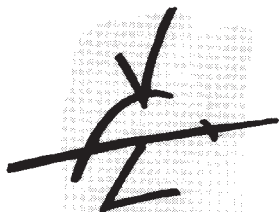


*Gemeinsam
stark*

gegen

Rechtsextremismus



VERFASSUNGSSCHUTZ
R H E I N L A N D - P F A L Z

Mainz, Juli 2003
7. Auflage

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung
des Herausgebers

Ministerium des Innern
und für Sport Rheinland-Pfalz

Gesamtherstellung:
Druckzentrum Lang
Rheinhessenstraße 1 · 55129 Mainz-Hechtsheim
Internet: www.druckzentrum-lang.de

Vorwort

„Ich mache Schwache stark,
wenn ich zu ihnen stehe“.

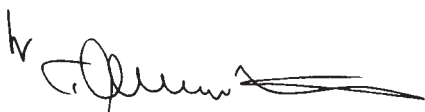
Dies sind Worte eines Schülers einer dritten Grundschulklasse aus Bernkastel-Kues zum Thema Gewalt in der Gesellschaft. Die einprägsame Botschaft trifft auch, wie ich meine, den Kern der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Rechtsextremisten greifen vor allem Schwache an. Sie missbrauchen sie gezielt für ihr von Feindbildern bestimmtes Denken und Handeln. Ohne diese Feindbilder würde ihre Weltanschauung wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Hieran hat sich seit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, der bislang schlimmsten Form des Rechtsextremismus, bis heute nichts geändert. Wichtig für uns alle ist dabei die Tatsache der Austauschbarkeit der Feindbilder. Hass und Menschenverachtung von rechts treffen entgegen einem oberflächlichen Eindruck nicht ausschließlich Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit, die „Fremden“. Sie bedrohen auch andere Menschen in unserer Gesellschaft - Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle aber insbesondere auch politisch anders Denkende und Handelnde. Letztlich sind viele betroffen.



Gegen den Rechtsextremismus vorzugehen, sollte daher stets gemeinsame Aufgabe des Staates und der ihn tragenden Bürgerinnen und Bürger sein. Für Rheinland-Pfalz gilt das Motto: **„Null Toleranz für Rechtsextremisten!“**. Wichtig in diesem Zusammenhang ist vor allem, den Nährboden für den Rechtsextremismus auszutrocknen. Dabei ist eine langfristig angelegte Ursachenbekämpfung ebenso erforderlich wie eine stete Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung. Nur wer sich über die Folgen und Auswüchse rechtsextremistischen Handelns in vollem Umfang bewusst ist, kann sich auch als immun gegenüber diesem verwerflichen Gedankengut erweisen. Der aufgeklärte, informierte

Mensch wird in der Regel nicht zum Opfer falscher Propheten.

Diese Informationsbroschüre des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes, die nunmehr in aktualisierter Form herausgegeben wird, soll, wie bereits eine Reihe weiterer themenbezogener Schriften, einen Teil zu dieser politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beitragen. Ich hoffe, sie erreicht viele Leserinnen und Leser und hilft mit, gemeinsam stark zu sein gegen den Extremismus von rechts. Damit soll unter dem Motto **„Prävention durch Information“** auch weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung rechtsextremistischer Umtriebe geleistet werden. Dem dient auch das Internet-Portal **„Aktion gegen Rechtsextremismus – in Frieden miteinander leben“** der Landesregierung, das unter der Internet-Anschrift www.gegen-rechts.rlp.de aufgerufen werden kann.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Zuber', followed by a long, horizontal, wavy line that extends to the right.

Walter Zuber

Minister des Innern und für Sport

Inhalt	Seite
1. Über was reden wir?	5
2. Rechtsextremismus - Weltanschauung gegen die Würde des Menschen	6
3. Nicht nur Nationalsozialismus	8
4. Erkennen leichtgemacht	10
5. Was tut sich in der Szene?	16
6. Staat und Bürger gegen Rechtsextremismus - was kann man tun?	27
7. Ansprechpartner gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz	29

1. Über was reden wir?

Radikalismus, Extremismus, Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus...

Die Annäherung an das vielschichtige Thema Rechtsextremismus wird dem Interessierten nicht leicht gemacht. Er begegnet zu Beginn nämlich einer unübersichtlich anmutenden Begriffsvielfalt. Um Licht in dieses Dunkel zu bringen, ist es also zweckmäßig, zunächst eine möglichst exakte allgemeine Abgrenzung vorzunehmen.

Diese Broschüre befasst sich ausschließlich mit einer besonderen Form des politisch motivierten **Extremismus**. Dieser Begriff ist gleichbedeutend mit Bestrebungen, deren Zielsetzungen darauf ausgerichtet sind, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder abzuschaffen. Der Extremismus, egal von welcher Seite, stellt mithin eine Gefährdung der tragenden Säulen der Staats- und Verfassungsordnung dar. Der Verfassungsschutz, dessen grundgesetzlich geregelter Auftrag die Beobachtung

derartiger Bestrebungen ist, grenzt den Extremismus vom **Radikalismus** ab. Die Träger radikaler Bestrebungen nutzen den politischen Gestaltungsspielraum des Grundgesetzes bis zum Äußersten aus, ohne dabei jedoch die Verfassung selbst oder ihre elementaren Bestandteile in Frage zu stellen. Während der Extremist also sein Handeln gegen die wesentlichen Verfassungsgrundsätze wie die Achtung der Grund- und Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung oder das Mehrparteienprinzip richtet, nutzt sie ein Vertreter radikaler Positionen erschöpfend aus, ohne die erklärte Absicht, sie abzuschaffen. Die Träger extremistischer Bestrebungen können demnach auch als „Verfassungsfeinde“ bezeichnet werden. Hierzu zählen insbesondere Rechtsextremisten.



Zentrale Aussagen:
Rassismus und Antisemitismus

2. Rechtsextremismus - Weltanschauung gegen die Würde des Menschen

Die Weltanschauung der Rechtsextremisten ist im Kern von dem Gedanken der angeblichen Ungleichwertigkeit der Menschen geprägt; Rechtsextremisten teilen Menschen in vermeintlich höherwertige und minderwertige ein. Damit stellen sie die geltenden Menschenrechte in Frage und missachten vor allem das zentrale Recht der Men-

schen auf Selbstbestimmung – ihre **rassistisch geprägte Weltanschauung** ist ein **Angriff auf die Würde des Menschen**. Ihr Weltbild fußt zudem auf der völlig abwegigen Annahme, man könne Naturgesetze wie das „Recht des Stärkeren“ oder das „Prinzip der Auslese“ der Schwachen auf die menschliche Gemeinschaft übertragen. Mit dieser Sichtweise versuchen die Rechtsextremisten u.a., sich einer Vernunft bestimmten Überprüfung ihrer Ziele zu entziehen. Sie appellieren an die Gefühle und Instinkte des Einzelnen und wollen damit von einer rationalen, differenzierten Diskussion ablenken.

Die beschriebene Grundhaltung bedingt eine Reihe von weiteren Faktoren, die das rechtsextremistische Gedankengut ausmachen. Dabei ist anzumerken, dass man es beim Rechtsextremismus nicht mit einer festgefügtten, klar umrissenen Ideologie zu tun hat. Es gibt keine verbindliche „Lehre“, wie dies beispielsweise im Linksextremismus beim Marxismus-Leninismus der Fall ist.

Zu den wichtigsten **Wesensmerkmalen des Rechtsextremismus** gehören:

Autoritarismus, Nationalismus, Völkischer Kollektivismus.

Der Rechtsextremist bekämpft die Demokratie, da sie aus seiner Sicht korrupt, artfremd und dekadent ist. Er ist hingegen **autoritätsgläubig** und vom hierarchisch ausgerichteten Obrigkeitsstaat überzeugt. Darin ersetzt die Ordnung die Freiheit und das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam den demokratisch-pluralistischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess. **Letzte Konsequenz** dieser politischen Ausrichtung ist ein **totalitärer Staat**.

Überzeugt von der **überhöhten Bedeutung der eigenen Nation** wenden sich die Rechtsextremisten gegen den Gedanken der Völkerverständigung. **Nationale Identität** wird dabei **rassistisch verstanden**. Nach der Auffassung der Rechtsextremisten, „das Recht des Stärkeren geht vor“, dürfen „höherwertige“ Nationen durchaus die schwächeren beherrschen.



Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat

Die Nation wird im Kern nach dem rechtsextremistischen Gedankengut von der rassistisch geprägten „**Volksgemeinschaft**“ gebildet. Diese **grenzt** nicht nur „**Andersartige**“ und „**Unwerte**“ **aus**. Die „Volksgemeinschaft“ **schwächt** auch ganz erheblich die **Rechte und Freiheiten der einzelnen Menschen**, frei nach dem Motto: „Der Einzelne ist nichts, die Gemeinschaft ist alles“.

3. Nicht nur Nationalsozialismus

Befasst man sich näher mit den Wesensmerkmalen der rechtsextremistischen Weltanschauung, so stößt man

zwangsläufig auf die Zeit der **nationalsozialistischen Terrorherrschaft des „Dritten Reiches“** vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945. Alle diese Merkmale kamen damals in einem bis dahin nicht bekanntem Ausmaß zum Tragen. Während eine ausgeklügelte und weitverzweigte Pro-



Propaganda auch heute: Parolen statt Inhalte

paganda eine heile Welt vorgaukelte, bei der sich aber selbst die scheinbar „guten Seiten“ allesamt als verlogen erwiesen und die vollmundig versprochenen „Verbesserungen“ ausblieben, wurden grundlegende Menschenrechte mit Füßen getreten, eine Vielzahl von Minderheiten verfolgt, gedemütigt, misshandelt und ermordet. Hinter der Maske des schönen Scheins einer geschlossenen Gemeinschaft, die Stärke nach außen signalisierte, herrschte das blanke Chaos sich widersprechender und überschneidender Kompetenzen, waren Korruption, Missgunst und Dekadenz unter den neuen „Eliten“ an der Tagesordnung. **Rassismus im Innern und nationale Verblendung**, gepaart mit einem neokolonialistischen Größenwahn führten schließlich zu der vom „Deutschen Reich“ entfachten leidvollen Tragödie des Zweiten Weltkrieges. In dessen Verlauf konnten sich die verbrecherischen Triebkräfte des Rechtsextremismus weiter entfalten, bis fast ganz Europa in Schutt und Asche lag. **Nie wieder** - hieß es in der „Stunde Null“.

Heute ist man vermeintlich klüger geworden, hat aus der Geschichte gelernt. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang jedoch vor allem der Hinweis, dass es ein Trugschluss wäre zu glauben, mit dem Zusammenbruch der Nazidiktatur wäre der Rechtsextremismus kein Thema mehr, weil er sich selbst völlig entlarvt hat. Es ist in vielerlei Hinsicht Vorsicht geboten. **Rechtsextremismus ist keine Erfindung der Nationalsozialisten.** Vielmehr ist er im Laufe vieler Epochen zunächst gedanklich gewachsen, und hat sich schließlich in verschiedenartigen Schattierungen im politischen Leben diverser Staaten gezeigt.

Mit dem Untergang der Nazierrschaft ist der **Rechtsextremismus** jedenfalls **nicht von der politischen Bühne verschwunden.** Gerade in den Jahren nach der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands (1990) ist uns dies vor allem angesichts einer Vielzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten, rechtsextremistischer Propaganda und einzelner Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien wiederum schagartig bewusst geworden.

4. Erkennen leichtgemacht

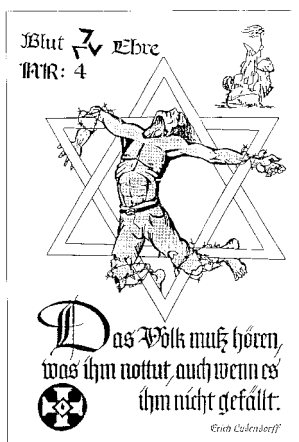
Angesichts der jüngeren Entwicklung sind Antworten auf die Frage: „**Wer steckt heute dahinter?**“ von Interesse. Aus der Sicht des Verfassungsschutzes lässt sich zunächst allgemein feststellen: **Rechtsextremisten** kommen **heute nicht immer** derart **plump-propagandistisch und plakativ** des Weges, wie dies zuweilen in der Weimarer Republik vor der Nazierrschaft bzw. in der Zeit des „Dritten Reiches“ der Fall war. Die Bilder von Parolen grölenden, Reichskriegsflaggen schwingenden Gewalttätern, die uns bisweilen über die Medien erreichen, dürfen nicht den Blick auf andere, mindestens **ebenso gefährliche Ebenen** verstellen: **die der rechtsextremistischen Parteien** und des „**intellektuellen**“ **Rechtsextremismus.**

Folgende **Erscheinungsformen des Rechtsextremismus**, denen bundesweit etwa **45.000¹** (Rheinland-Pfalz: ca. 1.700) zuzurechnen sind, können heute im einzelnen unterschieden werden:

¹ Alle Angaben zu Mitgliederzahlen beruhen auf dem Stand Anfang 2003

Militante Rechtsextremisten², Neonationalsozialisten (Neonazis), Rechtsextremistische Parteien, Sonstige Rechtsextremisten.

Von den bundesweit **ca. 10.700** (Rheinland-Pfalz ca. 100, je zur Hälfte Neonazis bzw. neonazistische Skinheads) **militanten Rechtsextremisten** sind **etwa 85 % rechtsextremistische Skinheads**. Dieser Teil der subkulturellen Skinheadbewegung, die im übrigen auch unpolitische Gruppierungen umfasst, ist vor allem durch die Verwendung neonazistischer Symbole und ebensolchen Gedankenguts geprägt. Rechtsextremistische Skinheadbands bringen in ihren Liedern **Gewaltbereitschaft, Ausländerhass, Nationalismus und Rassismus** als „Szene-Feeling“ zum Ausdruck. Schriften, so genannte Fanzines, bekräftigen diese Einstellungen. Immer wieder kommt es zu Gewalttaten, oft spontan und zumeist von Gruppen begangen, die sich vorher durch Alkoholgenuss „einstimmen“. Strukturlosigkeit bestimmt weitestgehend die Szene; es gibt kaum formelle Gruppenzusammenhänge oder gar klare Hierarchien. Die politisch-theoretische Auseinandersetzung



Skinhead-„Fanzines“

² Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten

zung in der Szene ist überwiegend oberflächlich-plakativ und nahezu substanzlos, so dass in vielen Fällen nicht von in sich geschlossenen, gefestigten politischen Weltbildern gesprochen werden kann.

Bei den **Neonationalsozialisten (Neonazis)**, denen bundesweit **ca. 2.600** (Rheinland-Pfalz: ca. 50) Personen zugeordnet werden, handelt es sich um **kompromisslose Verfechter der Ideologie der Nationalsozialisten**. Die Anklänge an die Nazizeit kommen in der verwendeten Symbolik, im Auftreten und in der politischen Propaganda dieser Gruppierungen immer wieder zum Tragen. Nicht alle Neonazis streben allerdings einen totalitären Führerstaat nach dem Vorbild des „Dritten Reiches“ an. Es gibt unter ihnen auch Befürworter „linksnationalistischer“ Ideen (völkisch-nationalistisch unter stärkerer sozialistischer Wirt-



Neonaziagitation

schaftsausrichtung als unter der Führung Hitlers im „Dritten Reich“). Wegen ihrer ideologischen Grundhaltung und ihrer latenten Gewaltbereitschaft wurden **zwischen 1992 und April 2001 bundesweit insgesamt 15 Neonazi- und drei Skinhead-Vereinigungen verboten**.

Die **rechtsextremistischen Parteien** verfügen mit bundesweit ca. **28.100** (Rheinland-Pfalz: ca. 1.500) Mitgliedern über das größte Personenpotenzial im rechtsextremisti-

schen Spektrum. Hierzu zählen insbesondere die „**Nationaldemokratische Partei Deutschlands**“ (NPD) - 6.100 Mitglieder (Rheinland-Pfalz: ca. 200) , die „**Deutsche Volksunion**“ (DVU) - 13.000 Mitglieder (Rheinland-Pfalz: ca. 650), die „**Republikaner**“ (REP) - 9.000 Mitglieder (Rheinland-Pfalz: ca. 600).

Während wir es bei den rechtsextremistischen Skinheads und den Neonazis weit überwiegend mit leicht erkennbaren Vertretern einer menschenverachtenden Ideologie zu tun haben, die oft auch Taten sprechen lassen, eröffnet sich uns bei den Parteien eine andere Qualität des Rechtsextremismus. Die von ihnen ausgehenden Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind bisweilen nicht so offensichtlich. Hier finden sich aber oftmals die „Biedermänner“ und geistigen Brandstifter. Ihre Aktivitäten haben den **Schwerpunkt** im Bereich der **Agitation und Propaganda**. Sie vermitteln dadurch nach außen geschickt den Anschein einer seriösen Gesinnung und machen unter diesem Deckmantel auf „wahre“ und



Agitation
rechtsextremistischer
Parteien

vermeintliche Probleme aufmerksam. Mehr noch, sie bieten auch einfache Lösungen für alle noch so komplizierten Fragen unserer Staats- und Gesellschaftspolitik an. Bei näherer Betrachtung erweisen sich diese „Lösungen“ allerdings als völlig untauglich. Sie begründen sich nämlich in klassischen rechtsextremistischen Erklärungsmustern und sind **von rassistischen, nationalistischen und autoritätsgläubigen Thesen geprägt**; dabei werden auch immer wieder antisemitische Ausfälle bekannt. Die Vereinfacher von rechts veröffentlichen gebetsmühlenartig ihre Ideen und Vorstellungen. Dabei ist von Wechselwirkungen zwischen ihrem Tun und rechtsextremistischen Gewalttätern auszugehen. Ohne selbst offen zur Gewalt aufzurufen, schütten sie doch immer wieder durch einseitige Hetze gegen Minderheiten und Ausländer „Öl in das Feuer“ der Gewalt. Daneben ergießt sich die Polemik der Parteien auf die wesentlichen Grundzüge unseres demokratisch-pluralistischen politischen Systems sowie die vom Volk durch Wahlen legitimierten politischen Entscheidungsträger.



Ursache und Wirkung:
Revisionistische Parolen
und geschändeter jüdischer Friedhof!

Aus dem Lager der **sonstigen Rechtsextremisten** sind u.a. die **Revisionisten** und die **rechtsextremistischen Theoriezirkel der „Neuen Rechten“** erwähnenswert. Auch diese Kreise treten vornehmlich durch die Entfaltung propagandistisch-publizistischer Aktivitäten in Erscheinung. Manche Kleingruppen führen auch ein abgeschottetes sektiererisches Dasein. Den sonstigen Rechtsextremisten werden **ca. 4.400** (Rheinland-Pfalz ca. 100) Personen zugerechnet.

Die **Revisionisten versuchen, die Geschichte** des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkriegs **umzuschreiben**. Sie beschönigen die Zeit des Nationalsozialismus, stellen die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Frage und relativieren deutsche Kriegs- und Menschheitsverbrechen, insbesondere durch unzulässige Vergleiche oder falsch zitierte bzw. sogar gefälschte Dokumente. Einige von ihnen leugnen gar die geradezu industriell organisierte Ermordung Millionen europäischer Juden (so genannte **Auschwitzlüge**). Dabei bedienen sie sich auch unhaltbarer pseudowissenschaftlicher Gutachten, so der „LEUCHTER-Bericht“ und international auftretender Agitatoren, wie dem Briten David IRVING. Die Aktivitäten

dieser Kreise haben in den vergangenen Jahren insgesamt wieder zugenommen.



Schrift der „Neuen Rechten“

Die intellektuelle „**Neue Rechte**“ stellt für sich keine Organisation dar, sondern vielmehr eine schwer überschaubare, in ihrer Größenordnung nicht verbindlich festlegbare Strömung innerhalb der Gesellschaft. Teilbereiche der „Neuen Rechten“ können dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet werden,

so verschiedene **rechtsextremistische Theoriezirkel**. Bei ihnen handelt es sich zumeist um Kleinstgruppen oder gar Einzelpersonen, die weder eine einheitliche Bewegung oder Organisation darstellen, noch eine geschlossene Ideologie vertreten. Sie berufen sich u. a. auf das **antidemokratische, autoritär und völkisch-national** geprägte Ideenfundament der Theoretiker der „Konservativen Revolution“ aus der Zeit der Weimarer Republik. Die heutigen Fürsprecher dieser politischen Richtung sind nicht an Parteiengründungen oder kurzfristigen Wahlerfolgen interessiert. Vielmehr versuchen sie, ihr **rechtsextremistisches Gedankengut als „schleichendes Gift“** langfristig in der Bevölkerung zu verankern. Sie wollen Normen und Wertvorstellungen durch eine neue „kulturelle Ebene“ in ihrem Sinne verformen und für ihre Bemühungen vor allem intellektuelle gewinnen. Auf höchst geschickte Weise geschieht dies unter Verschleierung der wahren Beweggründe und politischen Fernziele. Die Intellektualisierungsbemühungen dieser Kreise blieben bislang allerdings weitestgehend in ihren Ansätzen stecken.

5. Was tut sich in der Szene?

Rechtsextremistische Bestrebungen sind nicht neu – sie begleiten in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland praktisch seit ihrer Gründungsphase.

Im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung des Rechtsextremismus stellen sich insoweit zunächst zwei zentrale Fragen: **Was ist geblieben, und was ist neu?**

Im wesentlichen **gleich geblieben ist die weltanschauliche Seite** des Rechtsextremismus. Obwohl es nach wie vor keine in sich geschlossene, für alle Rechtsextremisten verbindliche ideologische Plattform gibt, verbinden charakteristische zentrale Merkmale die Weltanschauung vieler Rechtsextremisten (s. Nr. 2.). Nuancen ergeben sich u.a. in der Frage der Gewichtung einzelner Ideologeelemente. So orientieren sich manche jugendlichen Rechtsextremisten, etwa innerhalb der Skinheadszenen, beispielsweise heute stärker an der nordisch-germanischen Mythenwelt, als dies



bei den rechtsextremistischen Parteien in aller Regel der Fall ist.

Wenig verändert hat sich das rechtsextremistische Spektrum auch in struktureller bzw. organisatorisch-politischer Hinsicht. Nach wie vor zeigt sich der Rechtsextremismus in Deutschland **strukturell bzw. organisatorisch** und in Fragen angemessener politischer Optionen **weitgehend zersplittert**. Einigungsbemühungen haben bislang zu keinem Durchbruch geführt. Hinzu kommt das **anhaltende Fehlen einer charismatischen Führungsfigur** mit durchschlagender Integrationskraft.

Diese Gesichtspunkte sollen aber nicht den Eindruck vermitteln, der Rechtsextremismus sei nicht wandlungsfähig.

Neu sind insoweit nämlich in erster Linie folgende Faktoren:

- das rechtsextremistische Spektrum hat im vorausgegangenen Jahrzehnt einen **Generationen- und Formenwandel** vollzogen. Eine (neue) Generation Jugendlicher, vor allem aus der Skinhead-Szene, prägt heute stärker das Bild. Dabei hat die Form der Subkultur an Bedeutung gewonnen.
- die stärkere **Vermischung von Neonazigruppen mit Angehörigen der rechtsextremistischen Skinheadszene** (Stichwort: gemischte Gruppierungen),
- der **Rechtsextremismus** zeigt sich heute auch mehr denn je **in einem modernen Gewand** und mit **gestiegener Eigendynamik**, so durch die intensive Nutzung von zeitgemäßen Informations- und Kommunikationstechnologien wie dem Internet. Damit haben Teile des rechtsextremistischen Spektrums das herkömmliche Bild von der „Altherrenriege am Stammtisch“ abgelegt,
- das **Ansprechen breiterer Schichten unter den jungen Menschen** durch das jugendgerechte Medium Musik (Stichwort: Skinhead-Musik),
- eine **gestiegene Aggressivität** in dem stetig angewachsenen Gewaltpotenzial,
- die Versuche, die **strukturelle Zersplitterung** durch gemeinsamen Aktionismus zu **überwinden** (Stichwort: „Nationaler Widerstand“),
- die stärkere **Orientierung an (neuen) tagesaktuellen Themen** wie soziale Fragen (insb. Arbeitslosigkeit), Globalisierung, Einsatz der Bundeswehr im Ausland (z.B. im Rahmen des weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus), Islam und Islamismus; von gewachsener Bedeutung ist dabei auch das Feindbild „Amerika“,
- die **ausgeprägteren Grauzonen**, die das Erkennen von Rechtsextremismus gerade im Frühstadium oftmals erschweren,
- der unter jugendlichen Rechtsextremisten zu beobachtende Trend einer **„Entideologisierung“ bzw. „Entpolitisierung“** zugunsten der Suche nach Erlebnissen und „Action“.

Vor allem die **90er Jahre des vorausgegangenen Jahrhunderts** stehen stellvertretend für die aufgezeigten

und eine Reihe weiterer markanter Entwicklungslinien im deutschen Rechtsextremismus: Im Zuge der jüngeren Entwicklung konnten zu Beginn der 90er Jahre ein erheblicher Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalt, zeitweilig ansteigende Mitgliederzahlen bei rechtsextremistischen Vereinigungen und auch vereinzelt Wahlerfolge³ rechtsextremistischer Parteien beobachtet werden.

Zwischen 1993 und 1996 waren demgegenüber Rückgänge bei den Gewalttaten- bzw. bei den Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen zu verzeichnen. **Für eine Entwarnung gab (und gibt) es allerdings keinen Anlass!** Bereits im Jahre 1997 stiegen die Gewalttatenzahlen bundesweit um ca. 27%; rechtsextremistische Organisationen, vor allem die Parteien, erzielten Mitgliedergewinne.

Auch in den folgenden Jahren war die Entwicklung wechselhaft. Im Jahre 2001 belief sich die Zahl der Gewalttaten bundesweit auf 709 Delikte⁴, 2002 waren es 772 (zum Vergleich Rheinland-Pfalz 2001: 32, 2002: 22). Das gewaltbereite bzw. gewalttätige Personenpotenzial hat sich - wie bereits in den Vorjahren - bundesweit auch 2002 weiter vergrößert, während es in Rheinland-Pfalz konstant geblieben ist. Dabei gibt es Schwerpunkte in den östlichen Bundesländern, beispielsweise leben dort über die Hälfte der rechtsextremistischen Skinheads. Vor allem bedingt durch Mitgliederverluste bei den rechtsextremistischen Parteien sank demgegenüber die Gesamtzahl der Rechtsextremisten bundesweit im Jahr 2002.

Aktuell sind folgende Entwicklungen/Tendenzen bemerkenswert: Innerhalb des **rechtsextremistischen Gewaltpotenzials** besteht weiterhin **die abstrakte Gefahr des Entstehens rechtsterroristischer Bestrebungen**. Dies wird vor allem durch eine seit mehreren Jahren schwelende Ge-

³ So erzielten die REP 1996 bei den Landtagswahlen in Baden Württemberg (ca 9,1 %). Der DVU gelang im Jahr 1998 auf Anhieb der Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt mit einem Stimmenanteil von 12,9 % und im September 1999 mit 5,3 % der Stimmen in Brandenburg. Einen Sitz errang die DVU im gleichen Jahr zudem in der Bremer Bürgerschaft.

⁴ Ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen ist aufgrund neuer, bundeseinheitlicher Erfassungsmethoden für die polizeiliche Kriminalstatistik „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) nur bedingt möglich.

waltdiskussion unter Rechtsextremisten, aggressive Darstellungen im INTERNET (z.B. „Steckbriefe“ so genannter Volksfeinde und Bauanleitungen für Sprengvorrichtungen) sowie in den vergangenen Jahren durch Waffen und Sprengstofffunde belegt. **Bislang** sind allerdings **keine festeren, auf Dauer angelegten rechtsterroristischen Strukturen** oder tragfähige Konzepte entstanden. Die latente Gefahr schwerster Gewalttaten durch Einzeltäter bzw. entsprechend ausgerichteter Kleinstgruppen hält aber an.

Die subkulturelle **rechtsextremistische Skinheadszene** in Deutschland ist nach wie vor **weitgehend von Strukturlosigkeit und niedrigem Organisationsgrad bestimmt**. Eine **Ausnahme** von dieser Strukturlosigkeit bildete die international agierende **„Blood-and-Honour“-Bewegung**



(B&H) mit Ursprung in Grossbritannien, die auch in Deutschland neben einem hohen Grad an Konspiration und sceneinterner Abschottung durch straffe Strukturen und Disziplin gekennzeichnet war. Am 12. September 2000 wurden die „Blood-and-Honour-Division Deutschland“, der etwa 200 Personen angehörten und ihre Jugendorganisation „White Youth“ durch den Bundesminister des Innern verboten⁵. Ein wesentliches Aktionsfeld der B&H-Bewe-

⁵ Damit waren bislang drei Skinhead-Vereinigungen von solchen Verbotsmaßnahmen betroffen (1996: „Skinheads-Allgäu“, 2001 „Skinheads-Sächsische-Schweiz“).

gung war die Skinheadmusik (Organisation von Konzerten, Verbreitung von Tonträgern etc). Als strukturierter Teil der Szene ist aktuell die 1986 in den Vereinigten Staaten von Amerika gegründete „**Hammerskin“-Bewegung** bekannt, deren regionalen Untergliederungen („Chapter“) in Deutschland ca. 120 Personen angehören.

Der **Zulauf zur Skinhead-Szene hält** nach wie vor **an**; das durchschnittliche Einstiegsalter sank in den letzten Jahren. Es sind vor allem männliche Jugendliche, die zahlenmäßig dominieren.

Dabei werden **junge Menschen vor allem auch durch die Skinhead-Musik angezogen**. Die Musik wird gezielt eingesetzt, um sie neugierig zu machen und schließlich für die Szene zu gewinnen. Im Jahre 2002 waren bundesweit ca. 90 rechtsextremistische Skinhead-Bands aktiv. Die Zahl der Skinhead-Konzertveranstaltungen hatte in den letzten Jahren zunächst kontinuierlich zugenommen und 1998 mit bundesweit 128 Veranstaltungen einen vorläufigen Höchststand erreicht. Seitdem war bis 2001 - wohl nicht zuletzt aufgrund des erhöhten staatlichen Drucks - ein Rückgang festzustellen (1999:109 Konzerte, 2000: 82, 2001: 80). Im Jahre 2002 stieg die Zahl allerdings wieder auf 112 an (davon sieben in Rheinland-Pfalz, 2001: vier). Bei bundesweit etwa 50 Vertrieben (2001: 40) können szenetypische Musik-CDs bestellt werden. Für deren Vertrieb sorgt darüber hinaus verstärkt eine nicht näher bestimmbare Zahl von Kleinsthändlern (Einzelpersonen). Über das INTERNET ist es möglich, Musik mittels MP3-Dateien herunter zu laden. In ca. 28 „**Fanzines**“ (Szeneschriften/2001: 35), die insge-



Skinhead-Musik-CD

samt an Bedeutung verloren haben, und vor allem auf **INTERNET-Homepages** wird zudem unverhohlene **Szenepropaganda** betrieben; strafrechtlich relevante Inhalte werden insbesondere über **Provider im Ausland** im INTERNET eingestellt⁶.

Versuche anderer rechtsextremistischer Gruppierungen - vor allem **seitens der NPD - Teile der Skinheadszene langfristig zu vereinnahmen, schlugen bisher weitgehend fehl**. Allerdings gelang es der NPD in den letzten Jahren immer wieder, Teile der Skinheadbewegung vor allem zu Demonstrationen zu mobilisieren. Ungeachtet einiger enger Verbindungen zwischen Funktionären der Partei und Skinheads kann aber bislang nicht von einer engen personellen bzw. strukturellen Verzahnung zwischen rechtsextremistischen Skinheads und der NPD gesprochen werden. Demgegenüber haben sich in jüngerer Zeit verstärkt die **Linien zwischen rechtsextremistischen Skinheadgruppen und der Neonaziszene aufgeweicht**, so gibt es heute eine Reihe von gemischten Gruppierungen.

Die **Neonaziszene** selbst hat in jüngerer Zeit nicht zuletzt mangels fehlender, konsensfähiger Strategien und zugkräftiger Themen an Anziehungskraft verloren. Neonazis organisieren sich weiterhin überwiegend in **autonomen, losen Strukturen mit regionalem Zuschnitt** (bundesweit ca. 160 „**Kameradschaften**“ mit jeweils etwa 5-20 Anhängern; überwiegend junge Männer zwischen 18 und 26 Jahren), um möglichen weiteren Vereinigungsverboten vorzubeugen. Die stärkere **Vermischung mit Teilen der rechtsextremistischen Skinheadszene** hält an. In einzelnen Regionen ist man zudem - bislang ohne nennenswerten Erfolg - bestrebt, Verflechtungen zwischen den „Kameradschaften“ auszubauen (Schwerpunkt: Norddeutschland).

Immer stärker zum Tragen kam in den letzten Jahren auch eine **themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit**

⁶ Ende 2001 waren ca. 1.300 Homepages deutscher Rechtsextremisten bekannt geworden. Im Jahre 2002 waren es noch ca. 1.000. Der Rückgang dürfte aufgrund des anhaltend starken Verfolgungsdrucks deutscher Sicherheitsbehörden und gestiegener Sensibilität ausländischer Provider zustande gekommen sein.

von Neonazis mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), so bei Demonstrationen und Kundgebungen. Allerdings gibt es keine einheitliche Linie unter Neonazis; die Bandbreite reicht von ständi-



„Selbst-
verständnis“
der NPD

ger (anlassbezogener) Zusammenarbeit mit der NPD bis zu deren rigoroser Ablehnung. In jüngerer Zeit wurden auch wieder **mehr eigenständige Aktionen** durchgeführt. Bei bundesweiten Demonstrationen konnten 2002 bis zu 2.500 Teilnehmer (Wunsiedel, 17. August) mobilisiert werden. Insgesamt sind aber nicht zuletzt aufgrund mangelnder Absprachen im Vorfeld und der starken regionalen Streuung von Veranstaltungen gewisse Mobilisierungsprobleme erkennbar. Zudem wurde Kritik wegen einer mangelnden inhaltlichen Auseinandersetzung zugunsten einer ausgeprägteren „Action“-Orientierung geäußert.

Thematisch widmen sich Teile der Neonaziszene heute verstärkt tagesaktuellen Themen. Auch für Neonazis sind Themen wie Globalisierung und soziale Probleme interessant geworden. Stimmung sollte u.a. mit polemischen Ausfällen gegen die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem 11. September 2001 (Kampf gegen den Terrorismus) erzeugt werden. Dies hatte sich im Zuge des Irak-Konflikts Anfang 2003 noch verstärkt und mündete in offener Solidarität von Teilen der Szene mit dem despotischen Regime des Saddam Hussein.

Die **kommunikative Vernetzung** unter **Ausnutzung moderner Informationstechniken** (z.B. INTERNET, Mobiltelefone [SMS]) in der Neonaziszene, die zum Austausch von (auch verschlüsselten) Informationen und zu Propagandazwecken dienen, wird weiter betrieben. Dabei hat insbesondere das **INTERNET** herkömmliche Arten der Informationsverbreitung (z.B. Herausgabe von Flugblättern und Schriften) weitestgehend abgelöst. Aktuell werden besonders die Kommunikationsmöglichkeiten des INTERNETS (z.B. INTERNET-Relay-Chat) genutzt.

Auch die **Rechtsextremistischen Parteien** zeigen sich **thematisch wandlungsfähig und kommunikativ angepasst**. Zwar werden bekannte Bereiche wie Ausländer- und Asylpolitik oder Fragen der Inneren Sicherheit nach wie vor aufgegriffen. Zunehmend orientiert sich die Agitation aber auch an den **Themenfeldern Sozial- und Wirtschaftspolitik** (z.B. Kritik an der „westlichen“ Wirtschaftsordnung und der Globalisierung sowie der sozialpolitischen Entwicklung in Deutschland) angesichts der bestehenden Probleme in Deutschland. Dabei werden auch von den Parteien verstärkt moderne Kommunikationsmittel wie das INTERNET genutzt.

An die einzelnen Wahlerfolge der Vorjahre konnte seit dem Jahr 2000 allerdings nicht angeknüpft werden, so scheiterten die REP beispielsweise 2001 bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 4,4 % Stimmenanteil an der Fünf-Prozent-Hürde. In Rheinland-Pfalz erreichten die REP im gleichen Jahr bei der Landtagswahl 2,4 % der Stimmen, die NPD kam auf 0,5 %. Bei der Bundestagswahl im Jahre 2002 erzielten die NPD 0,4 % und die REP 0,6 % der Zweitstimmen.

Eine Neuorientierung vollzog in den letzten Jahren die **„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)**⁷. Ins-

⁷ Seitens der Bundesregierung wurde am 30. Januar 2001 beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der NPD beantragt. Entsprechende Anträge von Bundestag und Bundesrat folgten am 30. März 2001. Das Verbotsverfahren wurde am 18. März 2003 aufgrund eines Minderheitsvotums i. Z. m. Verfahrensfragen eingestellt; eine Entscheidung in der Sache wurde nicht gefällt.

gesamt verfolgt die Partei seit 1997 eine **Dreifachstrategie** („Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“). Aktuellen Befindlichkeiten trägt die NPD Rechnung, indem sie sich wirtschafts- und sozialpolitischen Themenfeldern widmet (Stichwort: Globalisierung). In personeller Hinsicht verzeichnet die NPD erstmals seit 1996 aktuell **rückläufige Mitgliederzahlen**. Sie zeigt sich aber weiter bestrebt, eine breite Basis im rechtsextremistischen Lager zu erreichen (Stichworte: „Nationaler Widerstand“, „Nationale außerparlamentarische Opposition“), so durch **aktions- und themenbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads**. Dabei gibt sich die Partei **aggressiver** und hat sich verstärkt dem **Aktionismus auf der Straße** zugewandt. Dies dokumentiert sie immer wieder durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen, von denen 2002 bundesweit 100 - allerdings mit **rückläufigen Teilnehmerzahlen** - stattfanden.

Die **NPD-Jugendorganisation JN** (im Jahr 2002 bis zu ca. 500 Mitglieder bundesweit) bedient sich wie ihre Mutterorganisation einer aggressiven Sprache und zeigt sich ebenso gegenüber Angehörigen der Neonazi- bzw. Skinheadszone aufgeschlossen, insbesondere im Rahmen von anlassbezogenen Aktionsgemeinschaften. Die **Bedeutung** der JN ist derzeit allerdings **rückläufig**.

Die Partei „**Die Republikaner**“ (**REP**) musste auch im Jahr 2002 wieder **Mitgliederverluste** hinnehmen; ein **bei der Bundestagswahl erhoffter Erfolg blieb aus**. In dem seit geraumer Zeit währenden **innerparteilichen Disput** zwischen dem Parteivorsitzenden Dr. SCHLIERER und seinen Kritikern, die sich stärker am rechtsextremistischen Lager orientieren wollen, konnte S. seine Position innerhalb der Partei halten. Ungeachtet dessen, können immer wieder Kontakte zwischen REP-Funktionären/-Mitgliedern zu (anderen) Rechtsextremisten festgestellt werden.

Die weiterhin mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei „**Deutsche Volksunion**“ (**DVU**) hat auch 2002 **an Bedeutung eingebüßt**. Sie verzeichnete Mitgliederverluste, ihre alljährliche September- „Großkundgebung“ in Passau wur-

de abgesagt und auf 2003 verschoben. Einzig bei der Bremer Landtagswahl im Mai 2003 gelang ihr wieder der Einzug in die Bürgerschaft mit einem Sitz⁸. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei und ihre Organe **anhaltend und intensiv rechtsextremistisch agitieren**, so vor allem nationalistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch. Zu nennen ist u.a. die von FREY herausgegebene „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (Wochenaufgabe: 44.000).

Im Bereich der **sonstigen Rechtsextremisten** ist auffallend, dass die **Bestrebungen aus Kreisen der Revisionisten in den letzten Jahren stärker in das Ausland verlagert worden sind**; aufgrund der hiesigen Strafbestimmungen halten sich Revisionisten in Deutschland eher zurück. Neben der Durchführung von Kongressen unter internationaler Beteiligung spielt auch hier das **INTERNET** eine herausgehobene Rolle. Ein Problem ist dabei vor allem die vordergründig seriöse Aufmachung einiger revisionistischer Darstellungen im Internet, die darauf abzielen, den oberflächlichen Beobachter in die Irre zu führen.

Im losen Spektrum der „**Neuen Rechten**“ ist in erster Linie **Publikationstätigkeit** zu beobachten, aber auch erste beginnende **Strukturierungsversuche**. Nennenswerte Erfolge blieben bislang aber aus, so beispielsweise bei dem **Versuch der Intellektualisierung rechtsextremistischer Parteien. Ansatzweise** ist ein solcher Prozess vor allem **bei der NPD** zu beobachten. Zudem stoßen die einschlägigen Publikationen bislang nur bei einer kleinen Minderheit auf Resonanz.

Als **Fazit** dieser vielfältigen Entwicklungen bleibt festzuhalten:

Im Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – keine Entwarnung! Nach wie vor haben wir es in Deutschland mit einem beachtlichen Gefährdungspotential von rechts zu tun. Die Gewaltszene hat ein beträchtliches

⁸ Dabei erreicht die DVU 7,1 % der Stimmen im Wahlbereich Bremerhaven (1999: 5,9 %), während sie im Land Freie Hansestadt Bremen (Städte Bremen und Bremerhaven) auf insgesamt 2,28 % kam (1999: 3,03 %).

Volumen; mögliche rechtsterroristische Ansätze müssen weiterhin sehr ernst genommen werden. Zudem sind rechtsextremistische Parteien grundsätzlich auch künftig in der Lage, Erfolge bei Wahlen zu erzielen. Hier könnte es, analysiert man aufmerksam die aktuelle Entwicklung in anderen europäischen Ländern, augenscheinlich nur an dem zündenden Funken eines (neuen) rechtsextremistischen Populisten fehlen, der entsprechende Stimmungen auszunutzen und zu bündeln weiß. Rechtsextremistische Agitation tut dabei ein übriges, richtet sie sich doch unverändert in verwerflicher und zynischer Weise gegen die Schwachen und Minderheiten in der Gesellschaft. Sie polarisiert mit vereinfachenden, sachentstellenden Thesen. Damit will sie in Teilen der Bevölkerung ein Klima erzeugen, das gegen elementare Grundsätze unseres freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens verstößt.

6. Der Staat und seine Bürger gegen Rechtsextremismus - was kann man tun?

„Warum macht der Staat nichts?“...„Ich kann ja doch nichts tun!“...„Allein bin ich machtlos.“...

Dies sind leider zum Teil gängige Formeln im täglichen Umgang mit Problemen innerhalb unserer Gesellschaft geworden. Sie helfen aber nicht weiter bei der Suche nach Lösungen.

Und weiter heißt es mitunter:

„In den Knast mit den Gewalttätern!“...„Die Gesetze müssen verschärft werden.“...

Lösungen? - Sicher nicht, denn auch sie dürften wohl zu kurz gedacht und daher kaum erfolgversprechend sein. Wie aber herausfinden aus dem scheinbaren Labyrinth eigener und staatlicher Ohnmacht?

Zunächst hilft vielleicht das **Bewusstsein** weiter: **Der Staat sind wir alle!** In der Konsequenz bedeutet dies, daß wir **gemeinsam** die **Verantwortung** für unsere Staats- und Gesellschaftsordnung haben. Dieser Verantwortung kann man sich auch nicht einfach dadurch entledigen, indem man von den staatlichen Entscheidungsträgern in Politik und Exeku-

tive entsprechende Maßnahmen einfordert. Eine freiheitliche Demokratie, in der sich nicht möglichst viele Menschen engagieren, steht auf tönernen Füßen. **Gemeinsames Engagement** schafft nicht nur eine Vertrauensbasis für die Demokratie, es hat auch **Signalwirkung**. Für den Umgang mit dem Extremismus und speziell dem Rechtsextremismus bedeutet dies konkret: Dort wo möglichst viele Menschen aktiv für Menschenwürde, Freiheit und Demokratie einstehen, ist kein Raum mehr für Menschenverachtung, Gewalt und Unterdrückung. Es gilt, den Extremisten nicht die öffentlichen Foren zu überlassen! Hierzu gibt es mittlerweile eine Reihe **staatlicher und privater Initiativen**, die sich dieser Thematik widmen und die auf die Mitarbeit möglichst vieler Menschen angewiesen sind. Als Beispiele hierfür stehen die in Rheinland-Pfalz in vielen Städten und Gemeinden ins Leben gerufenen **Kriminalpräventionsräte und Kommunalen Bündnisse gegen Rechts**.

Aber auch der einzelne Mensch ist nicht hilflos. Jeder kann seinen **individuellen Beitrag** gegen den Rechtsextremismus leisten. Dies beginnt schon im persönlichen Umfeld, beispielsweise indem man erhöhte Sensibilität entwickelt, wenn bestimmte Gruppen unserer Bevölkerung herabgewürdigt und ausgegrenzt werden - und sei es „nur“ durch ausländerfeindliche Witze. Dazu gehört auch die Bereitschaft, aktiv für Bedrohte einzutreten, auch durch Zusammenarbeit mit den Behörden, wenn es um die Aufklärung fremdenfeindlicher Straftaten geht. Nicht wegschauen, sondern **aktiv Partei ergreifen**, sollte das Motto sein - **Zivilcourage ist gefragt!**

Natürlich sind gerade auch die **staatlichen Stellen** selbst bei der Eindämmung extremistischer Umtriebe in der Gesellschaft besonders gefordert. Unter Ausschöpfung des gesetzlichen Spielraums und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit ist die **konsequente Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe auch durch repressive Maßnahmen** erforderlich. Allerdings sollte uns stets bewusst sein, dass damit regelmäßig nicht die vielfältigen und komplexen Ursachen des Extremismus beseitigt werden können. **Ursachenanalyse und -bekämpfung** sind aber von besonderer Wichtigkeit, denn nur damit kann es langfristig gelin-

gen, den Nährboden für extremistische Bestrebungen auszutrocknen. Wir sollten uns stets im klaren darüber sein, daß die Extremisten von rechts wie von links Teil unserer Gesellschaft und das Ergebnis gesellschaftlicher Fehlentwicklungen sind und daher nicht ohne Not völlig ausgegrenzt werden sollten. Ausgrenzung verhärtet und schafft neue Gräben zwischen den Menschen - damit ist auf Dauer keinem gedient. Insofern bietet das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen eines **Aussteigerprogramms** jungen Aussteigewilligen Hilfen an, sich von der rechtsextremistischen Szene zu lösen. Hierfür ist eine **Telefon-Hotline mit dem kostenlosen Anschluss 08 00-4 54 60 00** geschaltet und eine zentrale Anlaufstelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eingerichtet.

Zusätzliche Informationen über die vielfältigen Initiativen gegen rechtsextremistische Umtriebe in unserer Gesellschaft können dem **Internet-Portal „Aktion gegen Rechtsextremismus - in Frieden miteinander leben“** der Landesregierung Rheinland-Pfalz unter der Internet-Adresse **www.gegen-rechts.rlp.de** entnommen werden.

7. Ansprechpartner gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Verfassungsschutz:

Ministerium des Innern und für Sport
Abteilung 6 - Referat Rechtsextremismus
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-3772 od. 16-3776
E-Mail: poststelle@ism.rlp.de

Polizei:

Ministerium des Innern und für Sport
Leitstelle Kriminalprävention
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz
Tel.: 01631/16-3708

Landeskriminalamt
Valenciaplatz 1-7, 55118 Mainz
Tel.: 06131/65-1

Kampagne „Fairständnis“:

Ministerium des Innern und für Sport
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-3772 od. 16-3773

Sonstige:

Internet-Portal

Aktion gegen Rechtsextremismus – in Frieden miteinander leben
der Landesregierung Rheinland-Pfalz
www.gegen-rechts.rlp.de

Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16-2970

Landesbeauftragte für Ausländerfragen
bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz
Tel.: 06131/16-2467 od. 16-2468

Pädagogisches Zentrum Rheinland-Pfalz
Europaplatz 7-9, 55543 Bad-Kreuznach
Tel.: 0671/84088-0





Weitere Informationsbroschüren:

- „Verfassungsschutz transparent“
- „Tätigkeitsbericht“ (jährlich)
- „Rechtsextremismus“
- „Skinheads“
- „Autonome“
- „Islamistische Extremisten“
- „Arbeiterpartei Kurdistans“
- „Wirtschaftsspionage“
- „Spionage heute – Märkte, Macht und Militär“

Für weitere Informationen
wenden Sie sich bitte an:



Ministerium des Innern und für Sport

Schillerplatz 3-5 · 55116 Mainz

55022 Mainz · Postfach 3280

Telefon (0 61 31) 16 37 72

Internet: www.verfassungsschutz.rlp.de

FAIRSTÄNDNIS

Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß

Die Innenminister von Bund und Ländern

Hinweis:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern und für Sport herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- oder Europawahlen. Mißbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.